



21. Januar 2026

Schriftliche Anfrage

Von Stefan Reusser (EVP),
Ruedi Schneider (SP)
und Tanja Maag (AL)
sowie 9 Mitunterzeichnenden

Viele Jugendliche sind psychisch belastet und benötigen Hilfe.

Die psychotherapeutische Versorgung von Kindern und Jugendlichen ist in der Schweiz deutlich unzureichend. Ein frühzeitiges Erkennen und eine adäquate Unterstützung von Kindern und Jugendlichen in Krisen ist entscheidend, um langfristige negative Auswirkungen durch chronische Verläufe von psychischen Erkrankungen zu verhindern. Eine schweizweite Befragung aus dem Jahr 2024 zeigt jedoch, dass insbesondere die Kinder- und Jugendpsychiatrie stark unter Druck steht: 71% der befragten Fachärzt*innen für Kinder- und Jugendpsychiatrie sowie -psychotherapie machen eine Unterversorgung in ihrem Fachgebiet aus. Gleichzeitig geben lediglich 31% an, Kindern und Jugendlichen innerhalb der medizinisch empfohlenen Frist einen Termin anbieten zu können. Der schulpsychologische Dienst gibt immer wieder die Rückmeldung, dass er am Anschlag ist. Die Jugendarbeitsstellen geben ebenfalls an, dass sie immer öfters mit psychisch belasteten Jugendlichen konfrontiert sind und diese wegen Ressourcen- und Therapieplatzmangel nicht mehr triagieren können. Diese Situation verdeutlicht den dringenden Bedarf an frühzeitiger Unterstützung und einer gezielten Stärkung der Angebote für psychisch belastete Kinder und Jugendliche. Die Gesundheitsdirektion Kanton Zürich ist grundsätzlich zuständig für die psychiatrische Versorgung im ganzen Kanton. Die Stadt Zürich ist in der psychiatrischen und psychotherapeutischen Versorgung nur subsidiär aktiv. In dieser akuten Situation gilt es jedoch auf städtischer Ebene entschlossen zu handeln, um die Situation für die Kinder und Jugendlichen zu verbessern. Der Gemeinderat hat dazu bereits mehrere Vorstösse überwiesen.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie schätzt der Stadtrat die aktuelle psychische Belastung von Jugendlichen in der Stadt ein? Welche Entwicklungen sind in den letzten fünf Jahren festzustellen?
2. Über welche quantitativen und qualitativen Daten (z. B. Fallzahlen, Wartezeiten, Altersgruppen, Problemlagen) verfügt die Stadtverwaltung zur psychischen Gesundheit von Jugendlichen, und wie werden diese Daten departementsübergreifend genutzt?
3. Wie reagiert die Stadtverwaltung auf die angespannte Situation? Welche kurz-, mittel- und langfristigen Massnahmen wurden bereits ergriffen oder sind geplant?
4. Der Stadtrat hat 2022 darüber informiert, dass es aufgrund der hohen Nachfrage der Jugendberatung der Sozialen Dienste zu Wartefristen kam.
 - a) Wie hat sich die Nachfrage für die Jugendberatung in den letzten fünf Jahren entwickelt? Bitte entsprechende Kennzahlen angeben.

- b) Wie haben sich die Wartezeiten in dieser Zeit entwickelt? Bitte konkrete Kennzahlen angeben.
- c) Wie wurde auf die entsprechende Nachfrage reagiert? Wurde das Angebot ausgebaut und ist ein Ausbau des Beratungsangebots geplant?
- d) Wie hat sich die eingeführte Notfallsprechstunde entwickelt?
- e) Was wird unternommen, damit das Angebot für Jugendliche niederschwellig und ohne Hürden zu erreichen ist? Sind weitere Massnahmen dafür geplant?

5. Aktuell warten zahlreiche Kinder und Jugendliche auf einen Therapieplatz. Nicht nur die Jugendlichen, auch Eltern, Schulpersonal und Bezugspersonen benötigen Unterstützung, um den Kindern und Jugendlichen in dieser Situation gerecht zu werden.

- a) Mit welchen Massnahmen wird das Schulpersonal unterstützt, um der erhöhten Anzahl Jugendlicher, die auf einen Therapieplatz warten, gerecht zu werden?
- b) Wie werden Eltern und Bezugspersonen in dieser Situation konkret unterstützt?

6. Welche Angebote bestehen im Freizeit- und Sozialbereich der Stadt (z. B. offene Jugendarbeit, Jugendzentren, niederschwellige Beratungsangebote), um präventiv oder intervenierend auf psychische Belastungen von Jugendlichen zu reagieren?

- a) Wie stark werden diese Angebote aktuell beansprucht?
- b) Sind Ausbau oder neue Angebote vorgesehen?
- c) Wie werden die Zugänglichkeit und Erreichbarkeit der Angebote sichergestellt und verbessert?

7. Wie ist die Zusammenarbeit zwischen Schulen, Schulpsychologischem Dienst, Schulsozialarbeit, Jugendarbeit, Kinder- und Jugendpsychiatrie sowie externen Therapeut*innen organisiert? Wo sieht der Stadtrat Lücken oder Verbesserungsbedarf?

8. Hält der Stadtrat die Schaffung eines niederschwelligen, schulnahen Beratungsangebots im Bereich Schulpsychologie bzw. eines umfassenden Ausbaus der bestehenden Strukturen – analog zur Schulsozialarbeit – für sinnvoll?

- a) Welche Chancen und Risiken sehen die Departemente in einem derartigen Modell?
- b) Wurde ein entsprechendes Angebot bereits geprüft oder pilotiert?

9. Wie stellt der Stadtrat sicher, dass besonders vulnerable Gruppen (z. B. Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien oder mit Mehrfachbelastungen) rechtzeitig Zugang zu Unterstützung erhalten?

S. Deum

J. J. J.

K. Wüch



Unterschriftenliste Mitunterzeichnende

Vorname, Name, Partei in Druckschrift:

Unterschrift:

1 Sandra Gallizzi, EUP

S. Crallini

2 Cordelia Forde, SP

C.F.

3 Dominique Späth, SP

~~D. Späth~~

4 Benedikt Gerth, Die Mitte

B. Gerth

5 Karin Stepinski, Die Mitte

K. Stepinski

6 Markus Haselbach, Die Mitte

M. Haselbach

7 Konrad Weyermann, Die Mitte

K. Weyermann

8 Henni Loic, Die Mitte

~~H. Loic~~

9 ~~Karin H.~~, AL

~~K. H.~~

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20